

Memorandum

der Aktionsgruppe WiWiss am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der
FU Berlin anlässlich des Streiks und der Proteste gegen die Politik der
Kürzungen im Bildungsbereich

November/Dezember 2003

Wir protestieren mit unseren Streiks, Demonstrationen und öffentlichen Lehrveranstaltungen gegen die Politik der Kürzungen. Alternativen aufzuzeigen halten wir nicht für unsere Pflicht, aber für wünschenswert. Eine unumgängliche Notwendigkeit ist es jedoch, auf einige Sachverhalte hinzuweisen, wenn unserer Widerstand auch nur teilweise zum Erfolg führen soll. Dies ist Gegenstand der folgenden Ausführungen. Wir betonen, dass wir uns aus Gründen der Zustimmungsfähigkeit dabei AUSNAHMSLOS auf unbestreitbare FAKTEN stützen werden.

1. Sind die Kürzungen wirklich notwendig?

Die Kürzungen werden mit einem allgemeinen Sparzwang begründet. Angeblich hätten „wir über unsere Verhältnisse gelebt“ und müssten daher „den Gürtel enger schnallen“ etc. Unklar bleibt dabei regelmäßig, wer mit „wir“ gemeint ist.

Wenn „wir“ die auf dem Territorium der Bundesrepublik lebenden Menschen meint, ist dies schlicht falsch.

Das sogenannte „Wirtschaftswunder“ erreichte 1970 seinen Höhepunkt, wenn man es an der Höhe der Arbeitslosigkeit misst. Diese betrug damals 0,7 %. Das Volkseinkommen pro Kopf betrug 1970 4.530 Euro. Im Jahre 2001 lag es bei 18.600 Euro¹. Das ist etwas mehr als das Vierfache. Diese Zahlen belegen, dass es trotz Arbeitslosigkeit und gestiegener Lebenserwartung/demographischem Wandel niemandem schlechter gehen müsste als auf dem Höhepunkt des „Wirtschaftswunders“. Im Gegenteil: ALLEN könnte es besser gehen. Dass dem nicht so ist, ist Folge der VERTEILUNG des erwirtschafteten Reichtums. Der Grund für diesen überraschenden Befund ist denkbar simpel: zwar waren die Raten des

Wirtschaftswachstums und des Pro-Kopf-Einkommens in den letzten dreißig Jahren NIEDRIG, aber nie NEGATIV²!

Dem könnte entgegengehalten werden, dass vom Pro-Kopf-Einkommen die Staatsverschuldung abgezogen werden müsse. „Wir“ steht dann gewissermaßen für die öffentlichen Haushalte. Auch das ist falsch. Bei jeder Art von Verschuldung überträgt der Kreditgeber dem Schuldner einen bestimmten Geldbetrag. Durch die Übertragung wird das Geld lediglich einer anderen Verwendung zugeführt. Einem Einkommensverzicht hier steht die Verwendung dort gegenüber. Am durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen ändert sich damit gar nichts. Nicht anders verhält es sich mit den für die Schuldenbestände notwendigen Zinszahlungen und der Tilgung. Einkommensminderungen beim Schuldner stehen Einkommenserhöhungen beim Kreditgeber gegenüber.

Um Missverständnisse auszuschließen: Wir plädieren damit ausdrücklich nicht für eine hohe Staatsverschuldung, im Gegenteil. Zu der derzeitigen Situation hätte es in der Vergangenheit haushaltspolitische Alternativen gegeben. Und sie sind zukünftig nötiger denn je. Dazu nur zwei Zahlen: Im Bundestagswahlkampf 1998 hatte die SPD die Abschaffung des Ehegattensplittings versprochen. Diese Maßnahme hätte zu Mehreinnahmen in Höhe von ca. 25 Mrd. Euro geführt. Das Versprechen wurde nicht eingelöst. Statt dessen wurde der Steuersatz für Kapitalgesellschaften gesenkt. Im Jahr 2001 hatte dies Mindereinnahmen in Höhe von ca. 24 Mrd. Euro zur Folge. (Hierbei handelt es sich noch nicht um die Mindereinnahmen für die Freistellung der Veräußerungsgewinne der Kapitalgesellschaften. Diese wurden erst 2002 einnahmemindernd wirksam.) Allein diese beiden Aspekte summieren sich also auf knapp 50 Mrd. Euro Mindereinnahmen jährlich.

Die Misere der öffentlichen Haushalte ist also kein Naturgesetz, sie ist politisch bewußt herbeigeführt.

Dies leitet über zu der Frage, ob für die Politik der Steuersenkung und für den Verzicht auf die Erhöhung und/oder der (Wieder-)Einführung von Steuern irgendeine Art von Notwendigkeit besteht.

2. Müssen die Steuern gesenkt werden?

Zunächst ist dazu folgendes festzustellen: Wenn die Steuern gesenkt werden, ohne dass die Verschuldung steigen soll, müssen Ausgaben gekürzt werden. Kürzungen, bspw. von Bildungsausgaben sind die Kehrseite der Mindereinnahmen in Folge von Steuersenkungen.

Zweitens, die Steuersenkungen der letzten Jahre als auch das Vorziehen der geplanten Steuerreform sind faktisch Instrumente der Einkommensumverteilung. Empirisch unbestritten ist, dass sich in Deutschland der Zusammenhang von Gewinnen und Investitionen gelockert hat. Steigende Gewinne führen nicht mehr zu steigenden (Real-)Investitionen³. Wenn in Anbetracht dieser Situation die *Unternehmenssteuern* gesenkt werden, führt dies zu einer Umverteilung zugunsten der Bezieher von Kapitaleinkommen und Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit. Die Senkungen der *Einkommensteuertarife* begünstigen sowohl relativ als auch absolut die hohen Einkommensklassen. Wie in der Vergangenheit sollen auch bei der geplanten Steuerreform die Einkommensspitzensteuersätze stärker gesenkt werden (5 Prozentpunkte) als die Eingangssteuersätze (3 Prozentpunkte).

Sieht man genauer hin, sind die Personen, die ein „Gürtel-enger-schnallen“ für erforderlich halten, faktisch und ausnahmslos die, bei denen der Gürtel gelockert wird.

Wie werden die Steuersenkungen begründet?

Drei Begründungen sind identifizierbar: Die Staatsquote ist zu hoch, die Abgabenbelastung ist (zu) hoch, mit Steuersenkungen könne die Nachfrage angekurbelt werden.

Die Staatsquote (Anteil der Staatsausgaben am BIP) beträgt in der Bundesrepublik derzeit ca. 49%. Wird diese Information mit dem Zusatz „zu hoch“ versehen, ist das keine Begründung, sondern lediglich eine Wertung. Fakt ist, dass Länder mit deutlich höheren Staatsquoten (bspw. Schweden mit 58,6% und Dänemark mit 54,6%) keine schlechtere ökonomische Performanz aufweisen. Durchaus aber etwa Japan mit einer Staatsquote von 38,8%.

Zur Abgabenbelastung: Die Abgabenquote setzt sich zusammen aus Steuerquote und Sozialabgabenquote. Die deutsche Steuerquote von knapp 24% wird innerhalb der EU nur noch von Spanien unterboten (22,5%). Im Vergleich der Abgabenquote liegt Deutschland mit 42,1 % nach Schweden, Dänemark, Österreich, Belgien, Frankreich, Finnland, Italien und Luxemburg unter dem EU-Durchschnitt. Die zu hohe Abgabenbelastung ist ein Mythos.

Mit Steuersenkungen – dritte Begründung – kann die Nachfrage angekurbelt werden, dies führt zu mehr Wachstum. Möglich wäre dies unter der Bedingung, dass Steuersenkungen zu einer insgesamt ZUSÄTZLICHEN Nachfragekomponente führen. Anders formuliert: Der Staat verausgabt die per Steuer erhobenen Gelder nur teilweise, Steuersenkungen würden diesen nicht verausgabten Teil wieder nachfragewirksam machen. Diese Bedingung ist aber nicht erfüllt. Schlimmer: Steuersenkungen führen zudem nicht nur dazu, dass Einkommen

umverteilt und statt der Staatverausgabung der Verwendung durch andere Wirtschaftssubjekte zugeführt wird. Die Verwendung der privaten Haushalte oder Unternehmen kann nämlich auf zweierlei Weise geschehen: Konsum oder Sparen. Der Anteil jeder zusätzlichen Einkommenseinheit wird nur teilweise konsumtiv verausgabt, der andere entsprechend gespart. Dies nennt man marginale Konsumquote bzw. marginale Sparquote. Mit zunehmender Höhe des Einkommens nimmt die marginale Konsumquote ab. Einfach gesprochen: man hat schon alles und kann daher mehr sparen. Bei niedrigen Einkommen sind die Möglichkeiten des Sparens begrenzt. Die geplante ebenso Steuerreform ebenso wie Steuerreformen der letzten Zeit entlasten die höheren stärker als die niedrigeren Einkommensschichten. Die geplante Steuerreform hat daher einen negativen Nachfrageeffekt. Nicht umsonst würdigen seit ein paar Wochen Politiker verstärkt den psychologischen Effekt einer Steuerreform.

3. Deutschland ist als Investitions- und Wirtschaftsstandort nicht wettbewerbsfähig und nicht attraktiv.

Angeblich werden ununterbrochen Arbeitsplätze in günstigere Billiglohnländer verlagert.

Fakt ist, dass mit dieser Drohung versucht wird, die Löhne zu senken und die Produktivität zu steigern erhöhen. Dies geschieht zum Teil mit rein imaginären (!!) Zahlenwerken. So etwa beim Airbuskonzern, wo das Kostenbenchmarking der Produktionsstandorte „global mit Kostenkalkulationen für potentielle (!!) alternative Produktionsstandorte“ stattfindet⁴. Fakt ist weiterhin, dass die deutsche Wirtschaft ohne die Erfolge im Exportbereich eine noch schlechtere Performanz aufweisen würde. Im Jahr 2001 wuchsen die deutschen Exporte sogar um 4,7%, und zwar gegen den Rückgang des Welthandels um 0,2%! Auch im Ausland scheint Deutschland für einen attraktiven Standort gehalten zu werden: Der Saldo der ausländischen Direktinvestitionen lag zwischen 1999 und 2002 im Durchschnitt bei plus 25 Mrd. Euro.

Wir betonen noch einmal, dass es sich bei unseren Ausführungen ausschließlich um Fakten handelt, und keinesfalls um innerhalb der Wirtschaftswissenschaften umstrittene Zusammenhänge und Maßnahmen. Trotzdem mögen sie überraschend sein. Dies „zeigt, wie tief das Niveau der volkswirtschaftlichen Diskussion gesunken ist. Wenn Deutschland zum Schlusslicht in Europa geworden ist, liegt das nicht an maßlosen Gewerkschaften und faulen Arbeitslosen. Es spiegelt sich darin vielmehr eine lange und tiefe Spur ökonomischer Fehldiagnosen und therapeutischer Kunstfehler.“ (FAZ, 18. März 2003)

¹ Sachverständigenrat, Jahresgutachten 2002/03, Statistischer Anhang, Tabelle 19

² Ebd.

³ Hinze, Jörg, Kirchesch, Kai: Zusammenhang zwischen Gewinnen und Investitionen gelockert, in: Wirtschaftsdienst, 1999/XI, S.677-682

⁴ Haipeter, Thomas: Erosion der Arbeitsregulierung? Neue Steuerungsformen der Produktion und ihre Auswirkungen auf die Regulierung von Arbeitszeit und Leistung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 55, Heft 3, 2003, S. 521-542, hier: S. 530